

GELINGENDE NACHBAR-SCHAFT | Aktivierende Befragung als Methode in sozialen Brennpunkten

Julia Wege; Martin Albert

Zusammenfassung | Obwohl Netzwerke und Nachbarschaften in sozialen Brennpunkten hohen Belastungen ausgesetzt sind, haben ihre Bewohner und Bewohnerinnen grundsätzlich eine positivere Einstellung zu ihrem Wohnumfeld als allgemein angenommen. Anonymität, Lärm und Regelverletzungen können jedoch den Wunsch nach einem Wegzug erhöhen. Die Methode der „Aktivierenden Befragung“ kann derartige Problemlagen untersuchen und eine Grundlage zur Entwicklung nachhaltiger Lösungsansätze bieten. Die Soziale Arbeit hat damit auch die Chance, sich in interdisziplinären Planungsprozessen von sozialer Stadtteilentwicklung einzubringen.

Abstract | In deprived urban areas relationships between neighbours as well as social networks are confronted with a wide array of challenges. While inhabitants of such areas have a rather more positive view on their district than commonly assumed, feelings of anonymity, noisiness and incidents of rule-breaking can increase their wish to move away. By the means of an activating survey social work can help to examine those problems more closely and create a basis for the development of long-term solutions, thereby participating in an interdisciplinary planning process to further the social development of these neighborhoods.

Schlüsselwörter ► Gemeinwesenarbeit
► sozialer Brennpunkt ► Ressourcen
► Stadtteil ► Planung ► interdisziplinär

1 Einleitung | In Deutschland gibt es starke Tendenzen zu sozialer Ungleichheit, die sich in vielen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit, Einkommens- und Vermögensverteilung widerspiegeln. Rein statistisch betrachtet gilt jeder siebte Mensch in Deutschland als arm (vgl. Dietz 2010). Die Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler sowie Wissenschaftlerinnen wei-

sen jedoch auf ein wesentlich größeres Armutspotenzial hin. Armut wirkt sich nicht nur individuell auf die von ihr betroffenen Menschen aus, sondern hat Auswirkungen auf deren Lebensraum sowie deren Wohnverhältnisse und damit auch für ganze Stadtviertel, so dass sich Städte in reichere und ärmerre Wohngebenden aufspalten. In Deutschland wird für besonders problematische Wohngebiete der Begriff „sozialer Brennpunkt“ verwendet. Viele Menschen wohnen in solchen, meist dicht besiedelten Vierteln und befinden sich nahe dem Existenzminimum. Mehrheitlich finden sich soziale Brennpunkte im Randbereich von Großstädten (Hohm 2011).

Insbesondere zu Beginn der 1970er-Jahre versuchte die Politik den hohen Wohnraumbedarf der Bevölkerung zu stillen, indem neue Stadtteile für bis zu 15 000 Bewohner und Bewohnerinnen in Form von Hochhaussiedlungen gebaut wurden. Diese Bauweise war damals äußerst modern. Zwanzigstöckige Hochhäuser boten auf engstem Raum Wohnfläche für bis zu 600 Personen. Die Architektur vernachlässigte jedoch den Aspekt des sozialen Miteinanders. Anonymität, mangelhafte Bausubstanz, problematische Wohnbelegung mit Randgruppen, einsetzende Segregation, Abwanderung des Gewerbes aus dem Stadtteil, eine steigende Kriminalität und eine vielfältige Erhöhung der Gesundheitsrisiken waren und sind immer noch die Auswirkungen dieser Fehlplanungen und besonders Kinder und Jugendliche sind den enormen Entwicklungsrisiken, die sich durch das Wohnumfeld ergeben, ausgesetzt (vgl. Schuleri-Hartje 2011).

Viele der Ansätze zur Lösung dieser Probleme bezogen sich auf städtebauliche Sanierungsmaßnahmen. Damit war die Hoffnung verknüpft, den Wegzug der Bewohner und Bewohnerinnen durch eine Verbesserung der Wohnqualität mittels baulicher Maßnahmen zu stoppen und ihnen zu einer stärkeren Identifikation mit dem Stadtteil zu verhelfen. Diese Erwartungen erfüllten sich nur ansatzweise, denn es wurde zu wenig beachtet, wie das Zusammenleben der Menschen in sozialer Hinsicht gestärkt werden kann. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Wie entwickelt sich das soziale Zusammenleben in den unterschiedlichen Stadtteilen? Was kann der wissenschaftliche Ansatz der „Aktivierenden Befragung“ zur Analyse von Nachbarschaften, Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement beitragen?

In den folgenden Ausführungen werden die Begrifflichkeiten der „sozialen Netzwerke“ und des „sozialen Kapitals“ untersucht und es wird die Frage gestellt, welchen Wert intakte soziale Beziehungen in diesen komplexen Stadtteilen haben. Dabei ist von besonderer Bedeutung, wie die Bewohner und Bewohnerinnen ihre Nachbarschaften selbst einschätzen und was sie sich für die weitere Entwicklung im Stadtteil wünschen beziehungsweise warum ein bürgerschaftliches Engagement für alle einen Gewinn darstellt. Um dies zu untermauern, wird auf eine umfangreiche qualitative Untersuchung Bezug genommen, die in einem sozialen Brennpunkt in Heidelberg durchgeführt wurde. Erst auf der Auswertung dieser Datengrundlage können wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der „gefühlten“ Lebens- und Wohnstruktur der Bewohner und Bewohnerinnen eingeleitet werden. Damit hat auch die professionelle Soziale Arbeit eine fundierte Grundlage, passgenaue Konzepte im Bereich von Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit zu entwickeln.

2 Der Mehrwert von sozialen Netzwerken |

Die Schaffung von sozialen Netzwerken und Nachbarschaften steht in enger Verbindung mit dem Begriff „Sozialkapital“. Unter Sozialkapital werden in der Regel die Gesamtheit der gemeinschaftsbezogenen Vertrauensverhältnisse, Normen und Werte sowie jegliche Art von sozialen Kontakten und Netzwerkverbindungen subsumiert. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass Sozialkapital genau wie alle anderen Kapitalformen eine Ressource ist, in die andere Ressourcen mit der Erwartung investiert werden können, in der Zukunft einen „Ertrag“ oder „Mehrwert“ zu erzielen, auch wenn dieser grundsätzlich schwer erfasst werden kann. Der Aufbau von sozialen Netzwerken leistet hierzu einen Beitrag, indem er die Kommunikationsbereitschaft und den Informationsaustausch wesentlich steigert und verbessert (vgl. Röhrle 1994).

Der Wert des Sozialkapitals wird an der Bedeutung der Sozialstrukturen gemessen, die ihnen die jeweiligen Akteure und Akteurinnen beimessen, sowie daran, welche Ressourcen sie für die Realisierung ihrer Interessen einsetzen. Die Eigenschaft von Sozialkapital als individuelle Ressource erleichtert die Durchsetzung von Zielen umso eher, je vertrauensvoller die mit ihm angesprochenen Beziehungen sind, was sich in der Bezeichnung „Beziehungskapital“ ausdrückt. Werden die Vertrauenserwartungen

erfüllt und stehen diese Vertrauensbeziehungen jedem Akteur oder jeder Akteurin zur Verfügung, unabhängig davon, ob er beziehungsweise sie dazu beigetragen hat oder nicht, bekommt das Sozialkapital den Charakter eines Kollektivgutes für ein gesamtes Gemeinwesen.

Die Beziehung zwischen Sozialkapital und gesellschaftlicher Leistungsfähigkeit (im Sinne von Systemkapital) hat in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit erfahren und die Diskussion über Sozialkapital auf die politische Agenda gehoben. Dabei wird von der Vermutung ausgegangen, dass Gesellschaften, die über mehr Sozialkapital verfügen, ökonomisch und politisch besser funktionieren. Entsprechende Untersuchungen ergaben, dass die Bewohner und Bewohnerinnen nicht nur eine höhere Lebenszufriedenheit mit ihrem Wohnumfeld aufweisen, sondern sich auch häufiger an politischen Wahlen beteiligen, eher bereit sind, aktive Mitglieder in kulturellen Vereinen zu werden und sich wesentlich stärker für das Gemeinwohl engagieren (vgl. Lin u.a. 2001).

Vergleichende Stadtteiluntersuchungen zu sozialen Netzwerken | Die Entstehung von sozialen Netzwerken unterliegt verschiedenen Einflussfaktoren wie zum Beispiel der Lage, Einwohnerdichte, Infrastruktur und dem sozialen Milieu der Bewohnergruppen. Eine große Bedeutung haben auch die Architektur und Gestaltung der Gebäude. Nicht unerheblich ist die regelmäßige Instandhaltung der Bausubstanz. Das Zusammenleben in einem fünfstöckigen Wohnhaus gestaltet sich anders als in einem 20-stöckigen Hochhaus. Ist es in dem einen Haus noch möglich, soziale Netzwerke zu erfassen und in die individuelle Lebenswelt zu integrieren, so dürfte dies in einem Hochhaus mit 500 Personen kaum noch möglich sein. Bestimmte Rahmenbedingungen sind in diesem Kontext nur in eingeschränktem Maße veränderbar. Selbst bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen bleibt ein Hochhaus in seiner Grundstruktur bestehen und stellt somit eine unveränderliche Größe dar.

Gerade die Gemeinwesenarbeit hat jedoch aufgezeigt, dass es auch eine Reihe von variablen Einflussfaktoren gibt. In neuen Stadtteilentwicklungen hat man erkannt, dass soziale Netzwerke offensiv gestaltet und positiv beeinflusst werden können. Beispielhaft soll hier der Vergleich der Nachbarschaftsverhältnisse zwischen den Stadtteilen Frei-

burg-Rieselfeld und Hannover-Kronsberg angeführt werden (Maier 2004, S. 32), die erst in den letzten 15 Jahren erschlossen und gebaut wurden. In Freiburg-Rieselfeld waren schon in den ersten Planungen Einrichtungen für die Gestaltung des sozialen Miteinanders einbezogen. Ein großzügig eingerichtetes Bürgerzentrum, in dem vielfältige kulturelle und soziale Aktivitäten und Begegnungsräume stattfinden, wird von einem Bewohnerverein getragen und garantiert damit ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung. Dies wird unterstützt durch personelle Strukturen fachlich fundierter Sozialarbeit. In Hannover-Kronsberg wurde in diesem Maße keine vergleichbare soziale Aufbauarbeit geleistet. Das Rieselfeld schneidet in allen wichtigen Punkten wesentlich besser ab. Dies zeigt sich schon darin, dass sich die Bewohner und Bewohnerinnen im Stadtteil häufiger namentlich kennen oder Freundschaftsbeziehungen pflegen. Von städtischem und sozialplanerischem Interesse dürften insbesondere die Aspekte von Bedeutung sein, welche die Eigenverantwortung für die Gebäudeinstandhaltung stärken. Bei Wohnproblemen und Nachbarschaftskonflikten wird die Hausverwaltung seltener in Anspruch genommen.

Die positive Wirkung zeigt sich insbesondere in schwierigen Situationen, die jederzeit auftreten können. Die Risiken moderner Lebensführung wie plötzliche Arbeitslosigkeit, Scheidung und Krankheit bieten ein Krisenpotenzial, das sich direkt und indirekt immer auch auf den sozialräumlichen Nahbereich auswirkt. Krisen können nur dort aufgefangen werden, wo tragfähige soziale Netzwerke vorhanden sind. Damit wird ein wichtiger Zusammenhang zwischen sozialem und ökonomischem Kapital deutlich: Intakte soziale Nachbarschaftsnetzwerke und eine gelingende Alltagskultur verringern die öffentlichen Ausgaben für Beratung und Versorgung. Des Weiteren wirkt sich das Image eines Viertels nachhaltig auf die finanzielle Bewertung von Grundstücken und Gebäuden aus. Es ist insofern äußerst lohnenswert, nicht nur in Gebäude und Verkehrsstrukturen zu investieren, sondern auch in nachhaltige Sozialstrukturen.

Eine vergleichende Untersuchung in Bezug auf Engagement und Integration der Bewohner und Bewohnerinnen wurde ebenfalls in den Stadtteilen Freiburg-Rieselfeld und Hannover-Kronsberg durchgeführt (Danner 2005, S. 17). Hierbei wurden in beiden Stadtteilen drei unterschiedliche Bewohnergruppen

ermittelt, die drei verschiedene Kommunikationsmodelle repräsentieren und auf grundlegende Differenzen in der individuellen Lebensführung mit unterschiedlichen Mustern im Ausbalancieren von sozialer Nähe und Distanz hinweisen.

Gemessen an dem alltagskulturellen Modell kommt die „sozial engagierte Gruppe“ dem Idealtypus einer tragfähigen Alltagskultur, welche über die Grenzen des Haushaltes oder der eigenen Familie hinausweist und Bündnisse eingeht, recht nah. Die „sozial integrierte Gruppe“ praktiziert eine für sich tragfähige (private) Alltagskultur im Kontext anerkannter soziokultureller Sozialregulationsformen (höflich sein, einander grüßen, kurze Gespräche führen).

Die „sozial distanzierte Gruppe“ hat im Stadtteil eine isolierte Alltagskultur entwickelt, die sich wenig anschlussfähig an die soziale Umwelt zeigt. Auch in dieser Untersuchung scheint sich zu bestätigen, dass der Anteil der „sozial Engagierten“ in Freiburg-Rieselfeld wesentlich höher liegt als in Hannover-Kronsberg. Dies wirkt sich in vielfältiger Weise auf das tatsächliche Engagement für den Stadtteil bis hin zu Akzeptanz von zum Beispiel ökologischen Neuerungen aus. So waren die Bewohner und Bewohnerinnen in Freiburg wesentlich zufriedener mit den eingesetzten ökologischen Standards als diejenigen in Hannover-Kronsberg.

3 Aktivierende Befragung in Heidelberg-Emmertsgrund | Eine gelingende Alltagskultur und Identifikation in einem Stadtteil kann nur dann gelingen, wenn sich eine tragfähige Sozialkultur entwickelt. Zu oft wurde bei den Planungen übersehen, dass Räume des Wohnens nicht gleichbedeutend mit Räumen des sozialen Zusammenlebens sind. Zwar wurden Schulen, Geschäfte, kommunale Einrichtungen und eine verkehrsmäßige Anbindung an die städtischen Zentren berücksichtigt, es wurde jedoch zu wenig Wert auf lokal bezogene Begegnungs- und Sozialräume gelegt. Daraus resultiert folgende These, welche die Notwendigkeit von sozialen Netzwerken nachhaltig untermauert: Eine soziale Identität mit dem Lebensraum, die Entwicklung von stabilen, übergreifenden Netzwerken beziehungsweise intakten Nachbarschaftsbezügen und ein bürgerschaftliches Engagement für den lokalen Nahbereich entsteht in neugestalteten Stadtteilen immer seltener aus sich selbst heraus.

Auch die Politik erkennt seit Jahren den hieraus resultierenden Handlungsbedarf und versucht, im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Die Methode der „Aktivierenden Befragung“ eignet sich besonders zur Ermittlung der tatsächlichen Problemlagen und zur Einleitung erfolgreicher Veränderungsprozesse (vgl. Lüttringhaus; Richers 2007). Sie wird von dem Grundsatz getragen, dass die Bewohner und Bewohnerinnen als Experten und Expertinnen ihrer Lebenswelt selbst fähig sind, ihre Wünsche, Forderungen und Verbesserungsvorschläge zu formulieren, und versteht sich als Teil einer qualitativ orientierten Aktionsforschung im „Feld“. Beispiellohaft sollen hier die Ergebnisse eines Forschungsprojekts im Stadtteil Heidelberg-Emmertsgrund vorgestellt werden. Im Auftrag des neu eingerichteten Stadtteilmanagements wurden 100 Bewohnerinnen und Bewohner befragt. Die Interviews beinhalteten unter anderem auch die Themenblöcke „Nachbarschaft“ und „Bürgerschaftliches Engagement“. In der qualitativen Auswertung der Interviews kommt die Tiefenwirkung und Bedeutung der vielfältigen Bewohneraussagen zum Tragen, sie zeigt die Stärken des Zusammenlebens, aber auch die Widersprüchlichkeiten des Wohnumfeldes auf.

3-1 Ergebnisse zur Wohnzufriedenheit | Die „Wohnzufriedenheit“ stellt einen der wesentlichen Schwerpunkte für die gesamte Untersuchung dar, weil sich hieraus wichtige Hinweise auf die soziale Zugehörigkeit und die emotionale Bindung zum Stadtteil ergeben. Auf die geschlossene Frage „Wohnen Sie gerne hier?“ antworteten 91 Personen mit „Ja“ und nur neun Personen mit „Nein“. Dieses Ergebnis bietet eine aussagekräftige Grundlage dafür, dass die Bewohner und Bewohnerinnen mehrheitlich über eine grundsätzlich positive Einstellung zum Leben im Stadtteil verfügen. Gängige Vorurteile, nach der kritisch zu beurteilenden Prämisse „Wer kann, der zieht weg“, über ähnlich gelagerte Stadtteile mit besonderem sozialem Entwicklungsbedarf scheinen sich in dieser Untersuchung vorerst nicht eindeutig zu bestätigen.

Die Bindung an das Wohngebiet wird von vielen Faktoren beeinflusst. Die tatsächliche Wohndauer dürfte eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Auch wenn die Anzahl der Befragten diesbezüglich relativ gering ist, so weisen doch 27 Personen eine Wohndauer von über zehn Jahren auf. Wohndauer und Wohnzufriedenheit sind eng an eine Reihe von sozia-

len Faktoren gekoppelt. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist die räumliche Sozialbindung in Bezug auf Familie und Freundeskreis. Aussagen wie zum Beispiel „Freundeskreis ist hier“ oder „Ich wohne sehr gerne hier und meine Kinder fühlen sich pudelwohl hier“ spiegeln diese Tendenz eindeutig wider. Obgleich der Emmertsgrund keine allzu hohe Anzahl an wohnortnahmen Arbeitsplätzen aufweist, kann die Arbeitsplatznähe für diejenigen, die im Stadtteil arbeiten, ein erheblicher Grund sein, hier längerfristig beziehungsweise für immer zu bleiben. Wer einen guten Arbeitsplatz aufweisen kann, sich in Bezug auf Wohnen wohlfühlt und über ein stabiles Netzwerk verfügt, zeigt eine hohe Bindung an das Wohngebiet. Dies spiegelt sich in Aussagen wie zum Beispiel „Ich arbeite hier und wohne auch gerne hier“ wider.

In den Antworten auf die Frage „Was gefällt Ihnen weniger gut an dem Leben hier und aus welchen Gründen?“ sind jedoch eine Reihe von Problemlagen zu erkennen, die ein Zusammenleben für einen Teil der Bewohner und Bewohnerinnen in wesentlichen Bereichen einschränken. Diese Probleme sind nicht eindeutig voneinander abgrenzbar beziehungsweise bedingen einander in gewisser Weise gegenseitig. 23 Personen nannten in diesem Zusammenhang das Merkmal „Schmutz und Zerstörung“ und 19 Personen „mangelhafte Instandsetzung“. Das enge Zusammenleben und die Dichte der Wohnstruktur bringt zwangsläufig die Problematiken von Müll, Verschmutzung und Zerstörung mit sich. Dies ist teilweise eine Folge verfehlter Architektur und Planung derartiger Wohngebiete und liegt nicht immer an den Bewohnerinnen und Bewohnern. Hierzu einige Beispiele, die sowohl bei der vorausgehenden Raumanalyse als auch durch die Auswertung der Interviewaussagen deutlich werden:

- ▲ Hunderte von Menschen passieren täglich den Haupteingang eines Hochhauses, welcher zu wenig oder kaum gereinigt wird.
- ▲ Es befinden sich zu kleine Müllbehälter neben den Briefkästen, obgleich täglich große Mengen an Prospektsendungen entsorgt werden.
- ▲ Kinder erreichen nicht rechtzeitig eine Toilette in der Wohnung, weil der Fahrstuhl defekt ist.
- ▲ Klingeln im Eingangsbereich sind durch Brandflecken beschmutzt oder funktionieren nicht.
- ▲ Jugendliche werfen Steine auf eine Häuserwand mit entsprechenden Schäden, eine Reparatur erfolgt über einen längeren Zeitraum nicht.

In der qualitativen Auswertung ist deutlich zu erkennen, dass alle Bewohner und Bewohnerinnen unter den Zuständen leiden beziehungsweise emotional davon betroffen sind. Der Zustand der Wohngegend wirkt sich entscheidend auf das Wohn- und Lebensgefühl im Nahbereich aus. In den Äußerungen der Befragten ist diese Wechselwirkung sehr deutlich zu erkennen, wobei Resignation und Wut zum Ausdruck kommen, aber auch der eindeutige Appell, etwas von städtischer Seite zu verändern. Der Wunsch, diese Probleme zu beheben, beinhaltet zwei Ebenen. Auf der einen Seite werden im Innenverhältnis – also unter der Bewohnerschaft – eine stärkere soziale Kontrolle und die Einhaltung von Regeln eingefordert. Gerade an diesem Punkt sind eventuell auch Erwartungen an das Stadtteilmanagement geknüpft. Auf der anderen Seite werden von der Stadt beziehungsweise den Wohnungseigentümern eine bessere Betreuung durch Hausmeister und ein zeitnahe und effektives Reparaturmanagement gefordert. In diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis auf die sogenannte „Broken-Windows-Theorie“ (vgl. Belina 2005) sinnvoll: Wenn eine Zerstörung in einem dicht besiedelten Wohngebiet nicht umgehend repariert wird, dann folgt unweigerlich die nächste Zerstörung. Die Betroffenheit aller Bewohnerinnen und Bewohner wie auch die entstehenden Folgekosten für die Zukunft sollten im Fokus der sozialen Stadtteilentwicklung für belastete Wohngebiete stehen.

3-2 Ergebnisse zu den Bereichen öffentliches Image, Sicherheit und Ordnung | Ein wesentlicher Aspekt in Bezug auf das Zusammenleben der Menschen in derartig belasteten Stadtteilen stellt das öffentliche Image dar. Dies betrifft sowohl die Außenwirkung des Stadtteils im regionalen Kontext wie auch die Rückkopplung in die Binnenstruktur der Netzwerkgestaltung. Die vorliegende aktivierende Befragung zeigt diese komplexe negative Wechselwirkung auf. So ergab die qualitative Untersuchung 20 Nennungen zu den Merkmalen „Lärm und Regelverletzung“ und 15 Nennungen zu dem Merkmal „Sicherheit“. Hier sind nicht eindeutige Gesetzesverstöße gemeint, die polizeilich geahndet werden müssen. Es finden sich vielmehr Hinweise auf soziale Grenzüberschreitungen im öffentlichen Zusammenleben wie zum Beispiel übermäßige Lautstärke, Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, unakzeptables Auftreten (Anpöbeln) und rücksichtloses Verhalten wie zum Beispiel Lärm verursachendes Bohren an einem

Sonntag. Die einseitige Sozialbelegung in diesem Stadtteil ist als Ursache dafür anzusehen, dass hier verstärkt Menschen mit extremen „Auffälligkeiten“ leben. Selbst wenn deren Anzahl relativ gering ist, wirkt sich dies im dichten Zusammenleben als eine empfindliche Störung für eine Vielzahl von Menschen aus. Eine als „schwierig“ einzuschätzende Familie kann die Wohnzufriedenheit von hunderten Bewohnern und Bewohnerinnen im Nahbereich extrem mindern.

Der Aspekt „Schlechtes Image“ hat eine besondere Bedeutung, zumal hier ein enger Zusammenhang zwischen der Außenwirkung des Stadtteils und der Wohnzufriedenheit besteht. Das Negativimage belastet einzelne Interviewpartnerinnen und -partner und ist eng mit dem Ohnmachtsgefühl verbunden, wenig dagegen tun zu können. Für den gesamten Kontext stehen folgende typische Aussagen:

- ▲ Es ist unordentlich, die Eingänge sind oft verdreckt.
- ▲ Die Stadt kümmert sich nicht um den Stadtteil.
- ▲ Das negative Image ist eine regelrechte Diskriminierung.
- ▲ Die Leute in der Umgebung lästern sehr viel.
- ▲ Man erntet Unfreundlichkeit oder Unverständnis der anderen, wenn man sie an die Hausregeln erinnert.
- ▲ Der ungerechte Ruf kommt durch eine negative Presse.
- ▲ Es ist ein Nachteil, dass sich die Bevölkerungsstruktur in den vergangenen Jahren verändert hat, mittlerweile fühle ich mich als Deutsche schon in der Minderheit, meinen Kindern kann ich nicht mehr empfehlen, hierher zu ziehen, es gibt kaum Angebote.

Die hohe Anzahl von 47 Personen, die auf die Frage „Haben Sie schon einmal überlegt, aus dem Stadtteil wegzuziehen?“ mit „Ja“ geantwortet haben, spiegelt das zwiespältige Verhältnis zum Wohnort wider. Es gibt einerseits viele Gründe zu bleiben: Die Familie lebt in der Nähe, man verfügt über ein intaktes soziales Netzwerk, die Kinder haben sich in der Schule gut eingelebt. Auch kann die Nähe der Arbeitsstelle oder die günstige Miete ausschlaggebend sein. Faktisch zeigen aber auch jene Personen, die mit „Nein“ geantwortet haben, indirekte Abwanderungstendenzen.“ Wer arbeitslos ist und kaum über Kapitalreserven verfügt, ist aufgrund seiner Lebenssituation gezwungen zu bleiben, obgleich er vielleicht den großen Wunsch verspürt, wegzuziehen. Diese latente

Zwiespältigkeit zeigt sich in folgenden typischen Aussagen:

- ▲ Wenn ich das Geld hätte, würde ich wegziehen.
- ▲ Bleibe aber der Arbeit wegen.
- ▲ Ich überlege mir das jeden Tag, aber meine Frau ist dagegen.
- ▲ Die Wohnungen sind halt günstig.
- ▲ Hier will ich nicht alt werden.
- ▲ Weil es aus finanziellen Gründen nicht geht, ich bin Hartz-IV-Empfänger.

Die Antworten auf die Frage „Falls ja, was wären Ihre drei wichtigsten Gründe für einen Wegzug?“ machen diese Ambivalenz offensichtlich. So werden als wesentliche Gründe „Lärm und Verschmutzung“, „Regelverstöße und Gewalt“ und „negatives Image“ genannt.

3-3 Ergebnisse zu nachbarschaftlichen Kontakten

Kontakten | Aus Untersuchungen ist bekannt, dass die Anonymität unter den Bewohnern und Bewohnerinnen in dichten Wohnsiedlungen und Hochhäusern besonders ausgeprägt ist. Somit war auch ein wesentliches Ziel der vorliegenden Untersuchung, herauszufinden, inwieweit dies auf den Stadtteil Heidelberg-Emmertsgrund zutrifft. Hierzu sollte untersucht werden, welchen Kontakt die Bewohnerinnen und Bewohner untereinander haben und wie sich dieser gestaltet. Zudem wurde danach gefragt, wie sie das Verhältnis zu ihren Nachbarn und Nachbarinnen empfinden, an welchen Orten sie einander begegnen und welche Verbesserungsvorschläge sie in Bezug auf die Nachbarschaft haben. Auf die Frage „Haben Sie Kontakt zu Ihren Nachbarn im Haus oder der Umgebung?“ antworteten 94 Personen mit „Ja“ und sechs Personen mit „Nein“. Dieses Ergebnis zeigt zunächst, dass fast jeder der Befragten Kontakt zu seinen Nachbarn hat, sei es im Haus oder in der Umgebung. Jedoch muss genauer differenziert werden, wie sich dieser Kontakt gestaltet.

Um hierfür tiefergehende Antworten zu erhalten, wurde die Frage „Wie empfinden Sie das Verhältnis/ den Kontakt zu Ihren Nachbarn?“ gestellt. Hierzu fielen die Antworten sehr unterschiedlich aus, so dass für die genauere Auswertung drei Kategorien gebildet wurden, welche die Intensität des Kontaktes mit den Nachbarn charakterisieren. Die Aussagen der Befragten wurden nach folgenden Kriterien überprüft und eingeordnet:

▲ „*Geringe Intensität*“: Hier besteht wenig Kontakt zu den Nachbarn. Es ist kein weiterer Kontakt über das oberflächliche Grüßen hinaus gewollt. Der Kontakt ist eher distanziert und anonym. Dies machen Aussagen wie „Oft nicht gut, da es keinen Kontakt gibt. Es gibt auch oft Verständigungsprobleme, viele Nachbarn sind sehr unverschämmt“ oder „Kein Kontakt, ist aber nicht negativ, es ist hier nicht spießig und kleinbürgerlich“ deutlich.

▲ „*Mittlere Intensität*“: Hier kennen sich die Nachbarn untereinander, übernehmen auch gelegentlich nachbarschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel Blumen gießen. Aussagen wie „Wir verstehen uns gut, aber die Deutschkenntnisse vieler Anwohner sind schlecht“ oder „Untereinander haben, glaube ich, nur Alteingesessene wirklich Kontakt zueinander. Also die Kontakte, die ich geknüpft habe, sind o.k., aber nicht so eng, wie ich gerne hätte“ sind charakteristisch für die zweite Kategorie.

▲ „*Hohe Intensität*“: Hier besteht schon ein freundschaftliches Verhältnis, das über das Grüßen hinausgeht. Es werden zum Beispiel private Treffen vereinbart. Die Äußerung „Wir haben guten Kontakt und helfen uns gegenseitig, schauen zum Beispiel gegenseitig nach unseren älteren Familienmitgliedern“ spiegelt die hohe Intensität des Kontaktes zu den Nachbarn wider.

Elf Personen machten Aussagen zur „geringen Intensität“, 50 Personen zur „mittleren Intensität“ und 37 Personen zur „hohen Intensität“. Hieraus ist ersichtlich, dass die meisten der Befragten einen guten Kontakt zu ihren Nachbarn haben, der sogar über das Grüßen oder den „Small Talk“ im Flur hinausgeht beziehungsweise teilweise sogar in ein freundschaftliches Verhältnis mündet. Viele der befragten Personen unterstützen einander nicht nur in Notsituationen, sondern suchen den nachbarschaftlichen Kontakt bewusst und pflegen ihn.

Obwohl die meisten der Befragten auf dem Emmertsgrund ein gutes Nachbarschaftsverhältnis haben und auch über ein großes soziales Netzwerk verfügen, zeigen andere Aussagen gegenteilige Tendenzen:

▲ „Ich würde mir mehr Kontakt zu meinen Nachbarn wünschen, aber das geht ja nicht, da sie immer wegziehen.“

▲ „Die Leute kommen doch nur für ein paar Monate und müssen dann schon wieder weg. Außerdem sind

die Leute zum Teil arrogant, unhöflich und zu laut.“
▲ „Früher viel Kontakte. Im Haus selbst sind die Kontakte nicht gut. Ausländische Familien sind nicht sehr kontaktfreudig.“

Hier kommt zum Ausdruck, dass starke Fluktuation keinen dauerhaften Kontakt ermöglicht und die Einsamkeit und Anonymität im Stadtteil verstärkt. Es scheint eher ein Nebeneinander zu bestehen, in dem jeder sein Leben lebt und kein Interesse daran hat, Kontakt zu den Nachbarn aufzunehmen. Dies wird teilweise als bedrückend und negativ empfunden. Die Antworten weisen darauf hin, dass es einen erhöhten Handlungsbedarf gibt, um diese Situation zu verbessern. Es kommt klar zum Ausdruck, dass zu wenige zentrale Orte für Begegnungen vorhanden sind. Durch die fehlenden gastronomischen Angebote wird die Problematik noch verstärkt. In solchen Stadtteilen müssen Räume geschaffen werden, in denen Menschen besser miteinander in Kontakt treten und kommunizieren können. Das könnten zum Beispiel gemütliche Sitzmöglichkeiten im Freien, Ruheinseln, Cafés oder Stadtteilfeste sein, die Lebendigkeit und Flair in den Stadtteil bringen.

4 Konsequenzen für die Gemeinwesenarbeit |

Soziale Arbeit hat im Rahmen von Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit die Aufgabe, Anregungen, Wünsche und Hoffnungen der Bewohner und Bewohnerinnen aufzugreifen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dies bedeutet ein interdisziplinäres Denken, das über die eigene Profession hinausgehen sollte und sich fachlich in entsprechende sozialpolitische Gremien einbringt. Soziale Arbeit muss in Bezug auf Stadtteil-, Raum-, Sozial- und Architekturplanung neu gedacht und vernetzt werden (vgl. Maier; Meßmer 2004). Aus der Untersuchung wird unter anderem ersichtlich, dass die Bewohner und Bewohnerinnen im Grunde genommen eine positive Einstellung zu ihrem Stadtteil haben. Wenn sie sogar dort aufgewachsen sind, dann ist selbst ein vermeintlich schwieriger Lebensraum zur Heimat geworden, den man nicht gern verlassen möchte. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Aspekten, die den Wunsch nach einem Wegzug verstärken können. Die Bewohnerinnen und Bewohner leiden am meisten unter den sich gegenseitig verstärkenden Aspekten von „Schmutz und Zerstörungen“, „Lärm und Regelverletzungen“ und „mangelnder Instandsetzung“. Dieser Zusammenhang erhöht nachhaltig das Negativimage sowohl im Nachbar-

schaftsverhältnis als auch in der Außenwirkung. In Bezug auf die Themen „Saubерkeit und Sachbeschädigung“ kann auf der Grundlage dieser Untersuchung die Schlussfolgerung gezogen werden, dass nachhaltige Konzepte zur umgehenden Meldung, zeitnahen Beseitigung von Schäden und zur wirksamen Kontrolle entwickelt werden müssen. Hierin ist die Selbstverantwortung der Bürger und Bürgerinnen einzubeziehen.

Eine weitere Minderung der infrastrukturellen Versorgung etwa durch eingeschränkte Verkehrsverbindungen könnte die Bereitschaft zum Wegzug verstärken. Zusätzlich wirkt sich die hohe Fluktuation besonders negativ auf das Nachbarschaftsverhältnis aus und verstärkt die Anonymität. Die Bewohnerinnen und Bewohner wünschen sich mehr Kontakte zu ihren Mitmenschen und Nachbarn. Das Gefühl der Zugehörigkeit, der Wunsch, sich mit dem Stadtteil zu identifizieren und mehr persönliche Nähe im Stadtteil zu erleben, stehen in einem engen Zusammenhang.

Derartig belastende Stadtteile benötigen kreative Ideen, um das Außenbild und die gefühlte Wohnattraktivität zu steigern. Damit verbunden sind auch Wünsche nach einer grundlegenden Veränderung der Architektur. Lösungsansätze könnten unter anderem die Umwandlung von versiegelten Flächen in Grünzonen, neue Formen der (Farb-)Gestaltung der Hochhauswände bis hin zu Maßnahmen für eine Rückbebauung von sanierungsbedürftigen Häuserblocks sein. In Stadtteilversammlungen und Zukunftswerkstätten könnten Ideen und Vorschläge der Bevölkerung geäußert und diskutiert werden. Jeder Projektvorschlag hat eine Berechtigung auf Überprüfung seiner möglichen Umsetzbarkeit. Sanierungen und neue Räume sollen zufällige Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

Teilweise sind die Planungen des Stadtteils, die ihren Ursprung in den 1960er-Jahren haben, durch die tatsächlichen Wohn- und Lebensrealitäten längst überholt. Es gibt viele urbane Räume, die völlig ungenutzt sind und keinerlei Nutzen für das Wohnumfeld haben. Teilweise stellen sie ein öffentliches Ärgernis dar und sind aufgrund der langen Bestandsdauer nur in sehr eingeschränktem Maße sanierungsfähig. An diesem Punkt sollte gemeinsam mit den Mietern und Mieterinnen wie auch den Eigentümern überprüft werden, ob eine Sanierung angestrebt werden soll

FREIWILLIGES ENGAGEMENT IM STAATLICH GEREGELTEN DIENST | Eine Erfolgsgeschichte

Jens Kreuter

oder ob ein Abriss von Teilzonen nicht wesentlich sinnvoller wäre. Gerade im Bereich der sanierungsbedürftigen Sitzgelegenheiten, verwahrlosten Grünanlagen und ungenutzten versiegelten beziehungsweise betonierten Zwischenräumen gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen wirklichen Neubeginn in der Planung und Entwicklung des Wohnumfeldes zu starten. Dadurch ergeben sich auch Chancen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung und letztendlich eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil.

Julia Wege, M.A., ist Sozialarbeiterin und Lehrbeauftragte an der SRH Hochschule Heidelberg für Methoden der Sozialen Arbeit, Ludwig-Guttmann-Straße 6, 69123 Heidelberg, E-Mail: wegejulia@googlemail.com

Professor Dr. Martin Albert ist Studiendekan Soziale Arbeit an der SRH Hochschule Heidelberg, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Ludwig-Guttmann-Straße 6, 69123 Heidelberg, E-Mail: martin.albert@fh-heidelberg.de

Literatur

- Belina**, Bernd: Räumliche Strategien kommunaler Kriminalpolitik in Ideologie und Praxis. In: Glasze, Georg; Pütz, Robert; Rolfs, Manfred (Hrsg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtfororschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld 2005, S. 137-166
- Danner**, Michael: Ökologische und soziale Nachhaltigkeit beim Aufbau neuer Stadtteile – eine empirische Untersuchung in den Stadtteilen Freiburg-Rieselfeld und Hannover-Kronsberg. Lüneburg 2005
- Dietz**, Berthold: Armut in Deutschland. In: Mattes, Christoph (Hrsg.): Wege aus der Armut. Freiburg im Breisgau 2010
- Hohm**, Hans-Jürgen: Urbane Soziale Brennpunkte. Soziale Hilfe und das Programm „Soziale Stadt“. Weinheim 2011
- Lin**, Nan; Cook, Karen; Burt, Ronald (Hrsg.): Social Capital: Theory and Research. New York 2001
- Lüttringhaus**, Maria; Richers, Hille: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn 2007
- Maier**, Konrad: Kiosk auf dem Rieselfeld 1996-2003 oder Wie ein Gemeinwesen entsteht. Freiburg im Breisgau 2004
- Maier**, Konrad; Meßmer Manfred (Hrsg.): Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zur Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Freiburg i. B. 2004
- Röhrle**, Bernd: Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung. Weinheim 1994
- Schuleri-Hartje**, Ulla-Kristina: Soziale Segregation – Integrationsstandort Stadt. In: Frech, Siegfried; Reschl, Richard: Urbanität neu planen. Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung. Schwalbach 2011, S. 122-146

Zusammenfassung | Die enormen Veränderungen, die die Aussetzung des Zivildienstes gebracht hat – darunter eine Vervierfachung der Bundesförderung für die Jugendfreiwilligendienste – sind Anlass, Entwicklung und Herausforderungen darzustellen. Dabei sind das Attribut „zivilgesellschaftlich“ mit Blick auf die Träger der Freiwilligendienste zu problematisieren, das äußerst erfolgreiche Zusammenwirken von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren zu würdigen und die Informationen zum Bundesfreiwilligendienst zu aktualisieren.

Abstract | The abolition of the compulsory community service in Germany has vast effects on the overall organisation of civil services – the federal substitution for youth voluntary services has been increased four times, for instance. This article describes the development and challenges of these effects, whereas the attribute „civil social“ has to be critically reviewed under the aspect of the agencies, the very successful cooperation of governmental and non-governmental players in the field and the update of information referring to the federal voluntary service.

Schlüsselwörter ► Freiwilligendienst ► Jugend
► bürgerliches Engagement ► Erwachsener
► Bundesfreiwilligendienst

Einleitung | Sich ehrenamtlich, also freiwillig zu engagieren, das ist der Inbegriff zivilgesellschaftlichen, autonomen, selbstbestimmten Handelns. Eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements ist die Teilnahme an einem geregelten Freiwilligendienst. Staatliche Regelungen, so wird gelegentlich unterstellt, stünden im Widerspruch zu dieser Freiheit. Kritische Stimmen sprechen vom staatlichen „Zugriff“ auf die Freiwilligkeit und die Freiwilligendienste und befürchten, dass „der Staat“ sich die Freiwilligkeit einverleibe und aneigne. Aber ist das wirklich so? Eine Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, von einer lebendigen